

Kurt Zubler
Pestalozzistrass 40
8200 Schaffhausen



Schaffhausen, 11. Januar 2011

Herr
Edgar Zehnder
Präsident des Grossen Stadtrates
Stadthaus
8200 Schaffhausen

Postulat

Mehr Demokratie durch die Förderung von Einbürgerungen

Sehr geehrter Herr Präsident

Die Unterzeichnenden ersuchen Sie höflich, folgendes Postulat auf die Traktandenliste zu setzen:

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen, mit welchen Massnahmen die Einbürgerung der ausländischen Bevölkerung gefördert werden kann.

Begründung:

Betrachten wir die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahrzehnte in der Schweiz, so können wir feststellen, dass einerseits die Gesamtbevölkerung und andererseits der Ausländeranteil stetig ansteigen. Die Zahl der Personen mit Schweizer Pass nimmt absolut gesehen ebenfalls zu, jedoch ist dieses Wachstum seit 1993 fast ausschliesslich den Einbürgerungen zu verdanken.

Der Kanton und die Stadt Schaffhausen haben an diesem allgemeinen Bevölkerungswachstum nur sehr beschränkt teilgenommen. Bezüglich der schweizerischen Bevölkerung war die Entwicklung sogar negativ. So schrumpfte die Schweizer Bevölkerung in der Stadt Schaffhausen zwischen 1988 und 2009 von 27'074 auf 25'395 Personen, während die ausländische Bevölkerung von 6'532 auf 9'460 zunahm. Der Ausländeranteil ist in dieser Zeit von 19,44% auf 27,14% angestiegen.¹

Diese Entwicklung ist für eine Demokratie schlecht. Wenn ein immer kleiner werdender Teil der Bevölkerung an den politischen Rechten teilhaben darf, führt dies zu einer schwindenden Legitimation der demokratischen Entscheide. Einige Kantone und Landeskirchen sind diesem Missstand mit der Einführung des Ausländerstimmrechts begegnet und haben damit gute Erfahrungen gemacht. Wie die kürzlich im Kantonsrat erfolgte Ablehnung zweier Motionen zur Einführung des Ausländerstimmrechts im Kanton Schaffhausen gezeigt hat, ist hierzulande aber nicht so bald mit dieser Möglichkeit zu rechnen.

Die Mehrheit des Kantonsrates betrachtet demgegenüber die Einbürgerung der zum grössten Teil bestens integrierten ausländischen Bevölkerung als eigentlichen Königsweg für die

¹ Durch die Fusion mit Hemmental wurde die Entwicklung leicht abgebremst. Ende 2008 sahen die Zahlen in der Stadt wie folgt aus: 24'959 CH und 9'336 Ausländer, Ausländeranteil 27,22%.

Quelle: Geschäftsberichte der Stadt Schaffhausen.

politische Partizipation. Leider wird dieser Weg aber nur von einem kleinen Teil der ausländischen Bevölkerung wahrgenommen und zahlreiche, teils schon lange anwesende und im gesellschaftlichen Leben durchaus aktive Ausländerinnen und Ausländer verzichten aus verschiedenen Gründen auf einen Antrag.

Dieser Vorstoss erfolgt in erster Linie im Interesse der schweizerischen Aufnahmegesellschaft. Eine demokratische Gesellschaft sollte möglichst Viele, die davon betroffen sind, an den Entscheiden beteiligen. Eine möglichst breite politische Partizipation liegt im Interesse jeder demokratischen Gemeinschaft. Politische Mitbestimmung und Mitgestaltung begünstigen ein respektvolles Zusammenleben und fördern den Zusammenhalt der Gesellschaft. Die demographischen Prognosen zeigen zudem, dass nur schon das Halten der aktuellen Zahlen und erst recht jedes Bevölkerungswachstum sowohl in der Schweiz als auch speziell in der Stadt Schaffhausen nur durch Zuwanderung möglich ist. Im Bereich der Hochqualifizierten, aber auch in bestimmten Fachbereichen wie etwa in der Pflege zeichnet sich europaweit eine Verknappung ab, die auch Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt haben wird. Es ist deshalb von grossem Interesse für die Gesamtgesellschaft, wenn die grossen Investitionen, welche die einzelnen Menschen, die Gemeinschaft und die Wirtschaft in die Integration der ausländischen Bevölkerung getätigt haben, erhalten bleiben und langfristig Früchte tragen. Mit der Einbürgerung kann die Bindung von gut integrierten Ausländerinnen und Ausländern zu ihrer neuen Heimat gefestigt und ihre Identifikation mit der Schweiz vertieft werden.

Wir möchten den Stadtrat deshalb auffordern, nach Wegen zu suchen, wie die aufgrund ihrer Anwesenheitsdauer berechnete ausländische Wohnbevölkerung für eine Einbürgerung motiviert werden kann. Zu denken wäre hier beispielsweise an Einladungsschreiben, Informationsveranstaltungen, Prozessbeschleunigungen etc. Nicht zur Diskussion stehen hierbei ausdrücklich die Einbürgerungskriterien; die einschlägigen Bestimmungen sind weiterhin zu erfüllen.

Mit freundlichen Grüssen

Kurt Zubler